

Datum: 23.08.2004

Info Nr.: 085

Kommunalfinanzen – SGSA-Präsidium fordert:

## **Keine Umverteilung zu Lasten der Gemeinden!**

**Städte- und Gemeindebund gegen neues Finanzausgleichsgesetz**

**Magdeburg.-** Vor einer ungerechtfertigten Umverteilung der Zuweisungen des kommunalen Finanzausgleichs hat das Präsidium des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt heute die Landesregierung in Magdeburg gewarnt. „Der vorgelegte Gesetzentwurf privilegiert in unvertretbarer Weise die Landkreise,“ betonte SGSA-Präsident Peter Pfützner (Lutherstadt Eisleben). Der bisher bekannte Gesetzentwurf offenbare eine Einseitigkeit zugunsten der Landkreise, die durch nichts gerechtfertigt sei. Es entstehe der Eindruck, als befördere die Landesregierung den Marsch in die „Landräte-Republik,“ meinten viele Präsidiumsmitglieder des SGSA.

Grund für die Verärgerung der Bürgermeister und Oberbürgermeister sind vor allem die geplanten Umverteilungen bei den Investitionszuweisungen. Obwohl die Landkreise durch Kinderförderung, Hartz IV und die Sozialagentur bereits deutlich entlastet würden, entziehe die Landesregierung in den nächsten beiden Jahren den Städten und Gemeinden fast ein Drittel der Investitionszuweisungen. „Das bedeutet

für die Investitionstätigkeit der Gemeinden einen herben Schlag. Die Finanzkrise hat ohnehin ein Ausmaß erreicht, das die kommunale Selbstverwaltung in Frage stellt,“ betont Peter Pfützner. Die Investitionszuweisungen des Landes seien essentiell dafür, dass auf Gemeindeebene überhaupt noch in Stadtumbau, Städtebauförderung und Einrichtungen investieren könnten.

„Wie in den vergangenen Jahren üblich, sollte sich die Landesregierung an den Investitionsbedürfnissen der Kommunen orientieren,“ betonte SGSA-Landesgeschäftsführer Dr. Bernd Kregel. Die aktuellen statistischen Berichte verdeutlichen, dass gerade die Gemeinden wesentlicher Motor der Investitionen seien und auch tatsächlich den größten Investitionsbedarf hätten.